Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.
Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

Insertionspreis Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Zeitraub und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresumsatz entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend Mk., für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Strikte Platzvorschrift ⅓ Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Nettopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen versch. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 44 | **Sonntag den 22. Februar 1920** | **79. Jahrg.**

Amtlicher Teil.

Der letzmalig unterm 24. August 1914 festgesetzte **Wert der Sachbezüge** der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsbeamten und Facharbeiter, sowie der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten ist für den Bezirk des unterzeichneten Versicherungsamtes mit Wirkung vom 1. April 1920 ab allenthalben **um 100 Prozent erhöht** worden.

Die neu festgesetzten Ortspreise können jederzeit im Rathause, Zimmer 15, eingesehen werden.

Versicherungsamt Wilsdruff, am 18. Februar 1920. 2625

Für Minderbemittelte.

Die Auszahlung der monatlichen Teuerungsbeihilfe auf Monat Februar findet

Dienstag den 24. Februar 1920, 9 bis 1 Uhr

in der Stadtkasse statt.

Die zugestellten Benachrichtigungen sind vorzulegen.

Wilsdruff, am 20. Februar 1920. 2618 **Der Stadtrat.**

Einladung an Deutschland zur internationalen Finanzkonferenz.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung läßt erklären, daß sie keine Erörterungen über die Einführung des 8½stündigen Arbeitstages gepflogen habe.

* In Holland verbreitete Gerüchte über eine von Deutschland beabsichtigte Staatsbankrotterklärung werden amtlich als frivole Erfindung gekennzeichnet.

* Die Nationalversammlung ist nach einer Meldung vom Präsidenten Fehrenbach auf den 25. d. Mts. einberufen worden. Als Tagesordnung sind kleine Vorlagen vorgesehen.

* In der Pfalz nehmen die Franzosen trotz des Verzichts auf die Auslieferung fortwährend Verhaftungen wegen angeblicher Kriegsverbrechen vor.

* Das einflußreiche englische Blatt „Westminster Gazette“ **tritt offen für eine baldige Revision des Friedensvertrages ein,** der für Deutschland unerfüllbar sei.

* **Die holländischen und die dänischen Volksvertretungen nahmen die Vorlagen über den Beitritt ihrer Länder zum Völkerbund an.**

* Dem dänischen Konsulat ist vom Auswärtigen Amt in Kopenhagen die amtliche Mitteilung zugegangen, daß die Abstimmung in der zweiten schleswigschen Zone auf den 4. März festgelegt worden ist.

Der Bankrott Europas.

Es sind ganz eigentümliche Verhältnisse, die der Krieg in Europa zurückgelassen hat, Verhältnisse, für die sich in früheren Zeiten Beispiele beim besten Willen nicht auffinden lassen. Gewiß waren auch nach den Kriegen der napoleonischen Zeit die getroffenen Völker wirtschaftlich schwer erschöpft und noch mehr war es in einem uns Deutschen ebenso naheliegenden Falle, nach dem Dreißigjährigen Kriege nämlich, mit Mitteleuropa der Fall. Aber nach diesem Kriege konnte man von weltwirtschaftlichen Verpflichtungen kaum schon reden und nach dem Zeitalter Napoleons war zwar das europäische Festland erschöpft, auch England etwas mitgenommen, aber dieses fand eine gewaltige Kraftquelle in der Aufschließung südamerikanischer Länder, in denen sein Geld damals eine nahezu unangetastete und unverringerte Kaufkraft aufwies. Heut aber ist die Lage, von Europa aus gesehen, doch völlig anders. Die Verbindungen zwischen den Wirtschaftsvölkern der ganzen Erde sind so eng, wie niemals in früheren Jahrhunderten. Die Erschöpfung aber geht über das europäische Festland weit hinaus und macht sich nicht nur in England, sondern in abgeschwächtem Maße sogar jenseits des Ozeans bemerkbar. Das bedeutsamste aber ist wohl die Form, in der sie sich kundgibt, „die Valuta“, ohne deren Erwähnung man ja heut über irgendeinen Gegenstand der Wirtschaft gar nicht mehr schreiben kann.

Denn man soll sich natürlich nicht etwa einbilden, daß das, was man den Bankrott Europas zu nennen beliebt, in allen oder auch nur in den wichtigsten Zügen sich mit dem vergleichen lasse, was man unter der Zahlungsunfähigkeit eines einzelnen Kaufmanns versteht. Gewiß, auch die einzelnen Staaten Europas sind überschuldet, ihre Ausgaben übersteigen die Einnahmen und es werden dauernd Forderungen an sie fällig, für die ihnen die Deckung fehlt. Aber das ist doch nicht das wesentlichste. Schon bei einem an sich guten, aber vorübergehend verschuldeten Geschäft kann ja doch der Kredit, d. h. die Gewährung möglichst langfristiger Stundungen, helfend und rettend eingreifen, noch mehr aber könnte dies natürlich der Fall sein, so weit es sich um Staaten handelt. Denn ein wirklich lebensfähiger Staat mit Bewohnern, die arbeiten wollen und können, wird binnen einer absehbaren Zeit stets in der Lage sein, sogar mit verhältnismäßig großen Schulden aufzuräumen. Die Gefahr der heutigen Lage ist aber darin zu suchen, daß einesteils den Ländern, die noch über das verfügen, was der Volkswirt „freies Kapital“ nennt, teilweise der Wille fehlt, dieses zum Wiederaufbau Europas sofort zur Verfügung zu stellen, und daß auf der andern Seite all das, was Europa außerhalb der Grenzen der nächst betroffenen Völker erwerben muß, infolge der Währungsverschiebungen um ein Vielfaches teurer bezahlt werden muß, als unter den Verhältnissen, die man von früher gewohnt war.

Was für sonderbare Dinge nach dieser Richtung hin heute vorkommen, kann man tatsächlich nur an einzelnen Beispielen schildern, und da betrifft eines der eigenartigsten das Verhältnis von England zu Ägypten. Das englische und das ägyptische Pfund waren im Frieden so ziemlich gleichwertig, genau gesprochen war das ägyptische Pfund dem englischen gegenüber einige Prozent unterwertig. Sieht man sich nun heut einen Londoner Wechselkurszettel an, dann muß man zu der Überzeugung kommen, daß sich an diesem Verhältnis nichts geändert hat, denn der Wechsel auf Alexandria notiert noch immer eine Kleinigkeit niedriger als das Pfund Sterling. Tatsächlich aber sieht die Lage ganz anders aus. Denn mit der ägyptischen Note läßt sich der Fellah seine Erzeugnisse im allgemeinen nicht abkaufen, er verlangt Goldpfunde, und diese kosten heut auch in Ägypten in englischem Golde berechnet nahezu das Doppelte wie im Frieden. Auch die ägyptische Baumwolle zum Beispiel kostet also, von den eigentlichen Preissteigerungen abgesehen, dem Engländer jetzt doppelt soviel wie vor dem Kriege und — und hier kommen wir wieder auf das Allgemeine — sie ist für die anderen Länder Europas, deren Geld dem englischen gegenüber auch noch stark entwertet ist, fast völlig unerschwinglich geworden.

So ist die Lage aber bei nahezu jedem Erzeugnis, das aus den sogenannten Rohstoffländern bezogen werden muß. Nicht allein der Preis der Rohstoffe an sich ist gestiegen, die Währungsverhältnisse bilden über dies hinaus einen Schutzzoll von häufig unübersteiglicher Höhe. Ohne Rohstoffe aber und ohne Lebensmittel von Übersee ist es begreiflicherweise völlig unmöglich, die Volkswirtschaften Europas wieder in Gang zu bringen. Denn für den Bedarf der in Europa lebenden Menschen gibt der Boden dieses Erdteiles, besonders nach dem vorläufigen Ausscheiden Rußlands, bei weitem nicht genügend Lebensmittel her und von den gewerblichen Erzeugnissen, mit denen Europa deren Zufuhr von Übersee früher bezahlte, ist auch ein großer Teil aus Stoffen hergestellt, die in rohem Zustande von Übersee herangeführt werden mußten. Diese Rohstoffe muß Europa bis auf weiteres auf **Vorschuß** erhalten, ebenso Lebensmittel, ehe es in genügendem Maße gewerbliche Erzeugnisse herstellen kann, um jene bezahlen zu können. Die großen Rohstoffstaaten, voran die Vereinigten Staaten von Nordamerika, sind aber nur zum geringen Teile geneigt, solche Vorschüsse in großem Maßstabe zu gewähren und die mit ihnen zweifellos verbundene Gefahr auf sich zu nehmen.

Wenn also Europa überhaupt noch geholfen werden kann — ein Punkt, über den keineswegs volle Einstimmigkeit herrscht —, so ist dies tatsächlich nur auf dem Wege möglich, auf den wenige klarblickende Finanzleute bereits vor Monaten hingewiesen haben: durch gemeinsames Vorgehen der auf **beiden** Seiten Betroffenen nämlich. Ob man das nun Völkerbundsanleihe oder anders nennt, will wenig besagen. Es wird sich tatsächlich darum handeln müssen, in irgendeiner Form alle Produktivkräfte, die überhaupt nur erreichbar sind, zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen und auch gemeinsam die Mittel und die Bürgschaften aufzubringen, die notwendig sind. Daß selbst der Sieger im Weltkriege, Großbritannien, heut nicht in der Lage ist, selbst in dem notwendigen Umfange für sich zu sorgen, zeigt die Tatsache, daß es sich die Zinsen seiner amerikanischen Schuld hat stunden lassen, und die andere, daß ihm z. B. die Union in Ägypten, der eigenen Kolonie, die Baumwolle ebenso wegkauft wie in den Malayenstaaten das Zinn. Die Rohstoffstaaten aber, die Union eingeschlossen, stehen vor und in starken Absatzstockungen, weil ihre Abnehmer zwar an sich ihre Erzeugnisse bitter nötig haben, aber nicht in der Lage sind, sie zu bezahlen. Wird die Kluft, die sich hier zeigt, nicht auf irgendeine Weise ausgefüllt, dann ist die große Weltwirtschaftskrise da, vor der alle Volkswirtschafter sich fürchten, denen der Krieg die Besinnung nicht völlig geraubt hat.

Viel Zeit, ihr entgegenzuarbeiten, dürfte nicht mehr vor uns liegen. Es müßte rasch gehandelt werden. Ob das geschieht, hängt allerdings von uns Deutschen mit am wenigsten ab.

Wenzel Brüggemann.

Änderung des Friedensvertrages?

„Westminster Gazette“ fordert Revision.

Das bekannte englische, unter der Regierung Asquits zu amtlicher Publikation benutzte Blatt, dessen Verbindungen zu den ersten Männern der englischen Politik offenkundig sind, schreibt in einem aufsehenerregenden Artikel:

Berichte aus Paris zeigen, daß das französische Volk schon anfängt, besorgt zu werden infolge Deutschlands Nichterfüllung der Bedingungen des Friedensvertrages. Die beiden Hauptklauseln, die es bisher nicht erfüllt hat, sind diejenigen, die sich auf Auslieferung und die Kohlenversorgung Frankreichs beziehen.

Was die Kohle anbelangt, unterliegt es keinem Zweifel, daß die Klauseln, welche sich darauf beziehen, einen des schlechtest überlegten Teiles des Vertrages bilden. Deutschland verliert durch den Friedensvertrag einige seiner besten Kohlengebiete im Saartal, Elsaß-Lothringen und Schlesien. Seine Bergleute sind durch Krieg und knappe Rationen erschöpft. Sein Industrieleben hängt zwischen Leben und Tod. Ohne Kohle kann es nicht leben.

Nicht einmal, um mehr Kohle für Frankreich zu fordern, und mit seiner verminderten Ausbeute und seinen verringerten Kohlenfeldern kann es nicht beide versorgen, nämlich Frankreich zu den festgesetzten Bedingungen und seine eigene Industrie aufrechterhalten. Deutschland hat natürlich den Friedensvertrag unterzeichnet. Selbstverständlich würde es gezwungen worden sein, beinahe jeden Vertrag zu unterschreiben, da es sich den Alliierten nicht länger zu widersetzen imstande war.

Aber der Vertrag enthält viele Vorkehrungen, besonders diejenigen, welche sich auf Schadensersatz beziehen, die zugestandenermaßen nicht durchgeführt werden können. Er wird wieder durchgesehen werden müssen, und je eher diese Arbeit begonnen wird, desto besser für Europa. Es ist in keiner Weise ein Entgegenkommen gegen Deutschland. Die Sache ist einfach die, daß das wirtschaftliche Leben Europas wieder auf eine gesunde Basis zurückgeführt werden muß. Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages stehen nicht auf derselben.

Im übrigen, schließt die „Westminster Gazette“, hat Frankreich und Belgien das Recht, sehr erhebliche Summen für verursachten Schaden als Ersatz von Deutschland zu verlangen, und ihre eigenen Interessen in dieser Hinsicht werden durch die falsche Grundlage, auf welcher die gegenwärtigen Berechnungen gemacht werden, geschädigt, und durch den Unterschied zwischen dem, was bestimmt und was möglich ist.

Noske verteidigt seine Politik.

Hamburg, 20. Februar.

In einer Versammlung der Betriebsräte und Delegierten der sozialdemokratischen Partei, die von 3000 Personen besucht war, sprach der Reichswehrminister über die augenblickliche Lage. Er sagte u. a., er verstehe die allgemeine Unzufriedenheit. Man habe sich von der Revolution Freiheit, Friede und Brot versprochen. In Wirklichkeit ist der Friede wohl unterzeichnet; aber trotzdem haben wir einen wirklichen Frieden nicht, da wir immer noch von der Entente abhängen. Dagegen ist die innerpolitische Entwicklung im demokratischen Sinne um einen großen Schritt weitergekommen. In Wirklichkeit ist Deutschland ja infolge des Friedensvertrages und des unglücklichen Ausganges des Krieges unfreier denn je, denn das deutsche Volk kann seine Geschicke nicht selbst leiten, sondern muß sich nach dem Willen übermütiger Sieger richten!

Es ist richtig, daß ich, der ich stets vor und während des Krieges gegen jede Ausnahmestellung gewesen bin, jetzt mit einer fast noch nie dagewesenen Macht ausgerüstet bin. Ja, es ist manches anders gekommen, wie man früher gedacht hat. Die Unzufriedenheit der breiten Massen wird sobald nicht aufhören, denn wir werden noch Jahre tiefer Kümmernisse und bitterer Not zu durchleben haben, ehe wir wieder zu normalen Verhältnissen kommen werden. Der wirtschaftliche Gesundungsprozeß unseres Landes wird noch lange dauern, und unter diesen Umständen kann man es nicht zugeben, daß Unverstand und Torheit mit unserem Wirtschaftsleben experimentieren, wie es die linksradikalen Elemente versucht haben. Wenn z. B. Tausende von Eisenbahnern erklären, wir haben die Hand an der Gurgel des Staates und können ihm diese zuschnüren, wenn wir wollen, dann sage ich als Reichsminister: Wenn einige Tausend von Eisenbahnern einem Volk von 60 Millionen die Gurgel zuschnüren wollen, dann trage ich als Reichswehrminister

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF